

Kitas: Pedrazzini bittet Eltern verstärkt zur Kasse

Reaktion Gesellschaftsminister Mauro Pedrazzini kündigt eine kurzfristige Neuregelung der Kita-Finanzierung an. Die Eltern sollen sich demnach stärker an den Kosten beteiligen.

Michael Winkler
mwinkler@medienhaus.li

Gestern Vormittag informierte das Liechtenstein Institut über die Ergebnisse der Nachwahlbefragung zur Initiative «Familie und Beruf». 84,2 Prozent der Stimmbürger hatten die Vorlage bachab geschickt. Einige Stunden später liess der zuständige Gesellschaftsminister Mauro Pedrazzini erste Konsequenzen per Medienmitteilung verlauten. Zwischen den Zeilen werden darin auch die Studienautoren kritisiert. Auf Fragen, welche die Finanzierung betreffen, sei darin nicht eingegangen worden, stellt der Minister fest. Doch gerade hier will er ansetzen: Als erste Massnahme greift er, wie schon

bei der KVG-Reform, auf das Verursacher-Prinzip zurück und will die Elternbeiträge anheben: «Ziel dieser kurzfristig umzusetzenden Massnahme soll es sein, die bestehende Finanzierung der Kitas gleichmässig und gerecht zu verteilen. Hierzu wird es voraussichtlich auch notwendig sein, die Elternbeiträge moderat zu erhöhen», schreibt das Ministerium. Gleichzeitig werde es für eine Abfederung der Konsequenzen aber auch nötig sein, die Finanzierung aufseiten des Staates zu überprüfen und «moderat» anzupassen.

Beteiligte sollen befragt werden

In einem weiteren Schritt gelte es, die Bedürfnisse der Kinder sowie

der Eltern und der Arbeitgeber zu erfassen, um die zukünftige Ausgestaltung der Betreuungslandschaft unabhängig von ideologischen Einstellungen weiterzuentwickeln. «Hierzu führt das Ministerium für Gesellschaft derzeit diverse bilaterale Gespräche. Ziel ist es, demnächst mittels einer Umfrage die Wünsche und Bedürfnisse der direkt betroffenen Eltern zu eruieren und die Umsetzung dann im grösseren Kreis zu diskutieren», heisst es in der Medienmitteilung.

Interessante Ergebnisse der Nachwahlbefragung

Bei der Nachwahlbefragung zur Initiative bestätigten sich weitgehend die Annahmen, die bereits kurz nach der Abstimmung als

Gründe für die breite Ablehnung verantwortlich gemacht wurden: Hauptmotiv war die Diskriminierung traditioneller Familien sowie der Vorwurf an die Initianten, dass die Vorlage unausgereift gewesen sei.

Dennoch förderte die Studie interessante Erkenntnisse zutage. So hielten zum Beispiel viele der Befragten die Vorlage für zu wirtschaftsfreundlich. Demgegenüber wünscht man sich hierzulande weniger staatliche Eingriffe und mehr Wettbewerb. Ausserdem zeigt sich, dass die Ergebnisse nach Parteinähe für die Regierungsparteien ungünstig ausfallen – Sympathisanten der Oppositionsparteien stimmten eher entsprechend der «Parteimeinung» ab.

Familien gehören besser unterstützt

Nachwahlbefragung Die Liechtensteiner Bevölkerung hat grösstes Interesse daran, dass bei der Förderung von Familien Fortschritte erzielt werden. Das zeigt die Studie des Liechtenstein-Instituts deutlich.

Michael Winkler
mwinkler@medienhaus.li

«Mit einer Ablehnung dieser Initiative droht ein Stillstand», hörte man des Öfteren im Abstimmungskampf rund um die Wirtschaftskammer-Initiative zum Familienzulagengesetz (FZG). Geht es nach der Bevölkerung, kommt das nicht in die Tüte. Zu diesem Schluss gelangt die Nachwahlbefragung des Liechtenstein-Instituts. «Das Nein an der Urne zur Landtagsvorlage über die Abänderung des Gesetzes über Familienzulagen ist nicht mit einer Ablehnung eines weiteren Ausbaus der ausserhäuslichen Kinderbetreuung gleichzusetzen. Im Gegenteil wünscht eine grosse Mehrheit der Befragten einen weiteren Ausbau», erklärt Studienautor Wilfried Marxer. Rund drei Viertel der Befragten votieren zudem für eine stärkere staatliche Unterstützung für die Kinderbetreuung zu Hause. 78 Prozent aller Befragten finden, dass auch andere ausserhäusliche Betreuungsformen wie Spielgruppen oder Tagesmütter stärker gefördert werden sollten, nicht nur die Kitas.

Bevölkerung will weniger Staat und mehr privat

Interessant ist die Beobachtung, dass die meisten, welche die Initiative befürworteten, über ein höheres Haushaltseinkommen verfügen. Knapp ein Drittel der



Die Umfrage des Liechtenstein-Instituts zeigt, dass sich die Liechtensteiner Bevölkerung bei der Familienförderung wünschen. Bild: iStock

Befragten, die über ein monatliches Einkommen von mehr als 11 000 Franken verfügen, hätten den Vorstoss der Wirtschaftskammer begrüsst. Bei den unteren und mittleren Einkommen waren es nur um knapp die Hälfte, welche ein Ja in die Urne warfen.

Demgegenüber fanden 72 Prozent der Befragten, dass die Vorlage zu stark auf die Interessen der Wirtschaft zugeschnitten war. Besonders stark (83 Prozent) wird diese Meinung von denjenigen

vertreten, die die Vorlage abgelehnt haben. Bei den Zustimmenden verteilen sich die Meinungen stärker: 47 Prozent finden, die Vorlage sei zu wirtschaftsfreundlich gewesen, 50 Prozent sind nicht dieser Meinung. Eine besonders liberale Haltung des Stimmvolkes findet sich in der Umfrage zu staatlichen Eingriffen. Es wurde die Frage gestellt, ob man mehr Staatseingriffe in die Wirtschaft favorisiert oder mehr Wettbewerb auf dem Markt. Insgesamt tie-

fer mehr als zwei Drittel der Befragten zu Wettbewerb und Markt, nur 16 Prozent favorisieren mehr Staatseingriffe.

Zeitungen weiter wichtige Meinungsmacher

«Besonders ausgeprägt ist das Votum für Wettbewerb bei den Ablehnenden der FZG-Vorlage, während die Zustimmenden deutlich öfter als die Ablehnenden der FZG-Vorlage Staatseingriffe befürworten, wenngleich auch sie

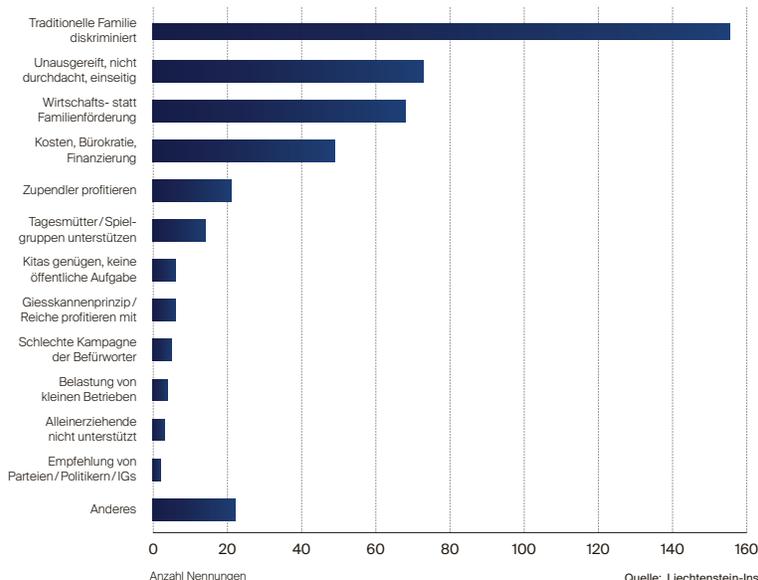
Markt und Wettbewerb bevorzugen», heisst es in der Studie. Bei der Frage nach der Meinungsbildung dürfen sich die Zeitungsmacher freuen. Persönliche Gespräche und Beiträge in den Landeszeitungen werden von den Befragten als am wichtigsten für die Meinungsbildung und Entscheidungsfindung eingestuft. Es folgen die Leserbriefe und die Abstimmungsbroschüre der Regierung (s. Grafik unten). 81 Prozent der Befürworter und 75 Prozent

der Gegner gaben an, dass für sie persönliche Gespräche das wichtigste Informationsmittel waren, um sich eine Meinung zu bilden. Die Beiträge in den Landeszeitungen werden von gut zwei Drittel der zustimmenden und drei Viertel der ablehnenden Befragten als «eher wichtiges» Informationsmittel angesehen. Die Leserbriefe darin – vor allem die Initiativgegner führten ihre Kampagne vor allem in den Leserbriefspalten – waren für 37 Prozent der Befürworter und 53 Prozent der Gegner für den Meinungsbildungsprozess eher wichtig. In dieser Statistik schneiden Radio L, die Infos aus dem Internet sowie 1FLTV eher schwach ab. Die Werte erreichen gerade einmal zwischen 14 und 27 Prozent.

Bei den Befragten wurde auch ermittelt, wie es bei ihnen um das Vertrauen in die politischen und/oder staatlichen Institutionen verstanden ist. Die Ablehnung der Vorlage kann demnach nicht mit einem mangelnden Vertrauen in die politischen Institutionen erklärt werden. Insgesamt ist das Vertrauen in die Institutionen in Liechtenstein relativ hoch. Generell schneiden hier die Gerichte und das Fürstenhaus am besten ab, etwas weniger Vertrauen geniessen Regierung, Landtag und Parteien.

Detaillierte Ergebnisse der Studie:
www.liechtenstein-institut.li

Gründe für Ablehnung der Initiativvorlage «Familie und Beruf»: Diskriminierung der traditionellen Familie war ein zentrales Motiv für ein Nein an der Urne



Informationsmittel als «eher wichtig» eingestuft: Zeitungen und Leserbriefe bei den meisten wichtiger als die Informationsbroschüre der Regierung

